

---

09.11.2008

## Politik ohne Glaubwürdigkeit

### BBB kritisiert Unwahrheiten und Eigennutz bei CDU

**Bruchköbel.-** Als empörend und dreist bezeichnet der Bruchköbeler BürgerBund (BBB) eine Anfang November veröffentlichte Presseverlautbarung der CDU, in welcher es hieß, die CDU wolle ebenso wie Bürgermeister Maibach keine Windkraftanlagen in der Gemarkung Bruchköbels. Denn wie dem BBB jetzt aus Kreisen der Bruchköbeler Landwirtschaft zugetragen wurde, habe der CDU-Fraktionsvorsitzende Reiner Keim persönlich schon im September vor der CDU-Fraktion eingestanden, selbst ein Grundstück in Roßdorf für den Bau einer Windkraftanlage verpachtet zu haben. Eine Stellungnahme der CDU-Fraktion zum Thema sei allerdings weder in der Stadtverordnetenversammlung noch in der Presse erfolgt. Entweder wolle also die CDU-Fraktion Windkraftanlagen in Bruchköbel und die CDU als Partei keine, oder aber es werde schlicht der Wähler getäuscht. Jedenfalls könne von Glaubwürdigkeit wohl kaum noch die Rede sein, wenn sich die Partei gegen etwas ausspreche, das der eigene Fraktionsvorsitzende seinerseits aus eigennützigen Gründen fördere.

Soweit die CDU-Sprecher in ihrer Pressemitteilung emotional eingefärbt der klaren Linie des BBB gegen Windkraftanlagen zu begegnen versuchten, seien deren Stellungnahmen in der Sache falsch und unwahr. Leider trete zu Tage, daß in der CDU-Fraktion niemand mehr aktiv sei, der die Grundzüge des öffentlichen Planungsrechts verstanden habe. Wenn die CDU von einem „Widerspruch gegen den Flächennutzungsplan“ schreibe, sei dies ebenso völliger Unfug wie die von ihr verbreitete Ansicht, in § 35 des Baugesetzbuchs heiße es, daß die Stadt für Windkraftanlagen lediglich Standorte festlegen könne, sich aber nicht gegen die Vorhaben insgesamt sperren könne – nichts davon stehe in § 35 BauGB, im übrigen auch sonst nirgendwo im gültigen Planungsrecht. Vielmehr hätte die Stadt aus den im BBB-Antrag angeführten Gründen sehr wohl ihr notwendiges Einvernehmen zum Bau von Windkraftanlagen versagen können. Dann hätten die Betreiber auch nicht bauen können. „Hohe Prozesskosten“, die die CDU befürchtet, könnten auch nicht entstehen, weil zunächst einmal das Regierungspräsidium zu prüfen hätte, ob es das Einvernehmen der Stadt ersetzt. CDU-

Pressesprecher Rehbein habe den BBB-Antrag aber wohl nicht nur inhaltlich nicht verstanden, sondern noch nicht einmal richtig gelesen. Denn mit dem Antrag habe die BBB-Fraktion das Ziel verfolgt, dass die Stadt sich dauerhaft gegen die Errichtung von Windkraftanlagen in ihrer Gemarkung ausspreche. Lediglich die Versagung des Einvernehmens war aus zwingenden rechtlichen Gründen auf den gültigen Flächennutzungsplan beschränkt und wäre auf der Grundlage des neuen regionalen Flächennutzungsplans erneut zu prüfen, zu begründen und zu beschließen gewesen. Der neue Flächennutzungsplan werde auch nicht „in Kürze in Kraft treten“, wie Herr Rehbein behauptet, vielmehr liege noch nicht einmal der Entwurf dazu vor. Wenn Herr Rehbein meine, die Stadt habe keine Handhabe gegen die Errichtung von Windkraftanlagen, solle er einmal erklären, wie sein jetziger Bürgermeister Maibach im Wahlkampf den Wählern versprechen konnte, er werde keine Windkraftanlagen in Bruchköbel und der Umgebung zulassen. „Wenigstens einer von beiden muss doch hier die Wähler täuschen“, so BBB-Fraktionsvorsitzender Alexander Rabold. Unwahr sei auch die Behauptung Rehbeins, hauptsächlich Mitglieder des BBB hätten seinerzeit im Kooperationsvertrag zwischen CDU und Grünen Windkraftanlagen ihre Zustimmung erteilt. Überhaupt nur ein jetziges Fraktionsmitglied des BBB habe an den Kooperationsverhandlungen teilgenommen. Die CDU sei vor allem durch ihren damaligen Fraktionsvorsitzenden Maibach und den geschäftsführenden Parteivorsitzenden Rehbein vertreten worden. Es seien dann in der Tat Standorte von Windkraftanlagen in der Ortslage von Roßdorf akzeptiert worden, deren einer nun interessanterweise dem jetzigen CDU-Fraktionsvorsitzenden finanziell zugute komme. Den später zurückgetretenen CDU-Fraktionsvorsitzenden Maibach habe seine Unterschrift unter dem Kooperationsvertrag dann aber nicht gehindert, im Bürgermeisterwahlkampf zu versprechen, keine Windkraftanlagen zuzulassen – womit sich der Kreis zum Thema Glaubwürdigkeit und Wählertäuschung schließe. Es bleibe also bei der Tatsache, dass der BBB bei seinen konsequenten Bemühungen, in der freien Bruchköbeler Gemarkung Naherholungsgebiet und Landschaftsbild zu schützen, nur von der FDP unterstützt worden sei.